

Leserfoto



Rain Art.

Velo-Phantom. Lassen Kinder ihre Velos herumliegen, hat der Regen eine Chance, Schönes zu schaffen. Die Kunst auf den Platten wird sichtbar, wenn das Velo wieder eingesammelt worden ist. Foto Salome Kunz, Bottmingen

Haben auch Sie ein interessantes Foto geschossen?

Senden Sie es an leserbrief@baz.ch (inkl. Bildunterschrift und Ihres Namens). Über die Auswahl der Fotos und deren Erscheinen in der Basler Zeitung wird keine Korrespondenz geführt. Sie können Ihre Bilder auch an online@baz.ch, Stichwort: Leserfoto, schicken. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.

Nachruf auf...

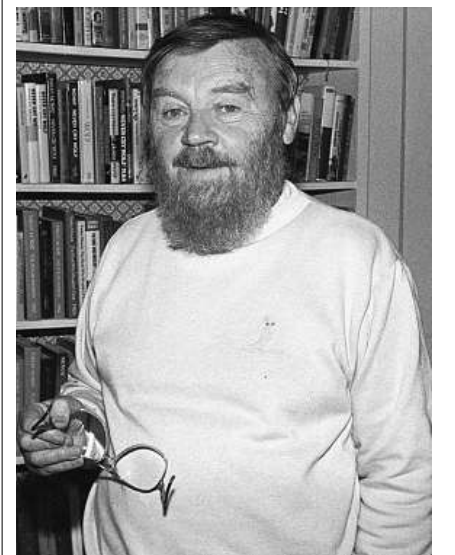
Farley Mowat Der mit den Wölfen heulte

Von Jochen Schmid

Auf Bildern sah er aus wie ein Vorzeige-Grüner: windgegerbte Lederhaut, Rauschbart, dicker Wollpulli. Farley Mowat, der jetzt im Alter von 92 Jahren in Port Hope im kanadischen Ontario gestorben ist, war ein Umweltschutzaktivist der bodenständigen Sorte. Mal liess er sich vom Flieger ins Niemandsland der kanadischen Wildnis absetzen; mal verbrachte er Monate (aber dies wurde später bezweifelt) unter den Inuit; dann wieder studierte er ein halbes Jahr (auch in diesem Punkt hat er womöglich ein bisschen übertrieben, siehe unten) das Verhalten kanadischer Wölfe. Fakt ist, dass seine Romane und Erlebnisberichte sich bestens verkauften – seine packenden Bücher gingen mehr als 17 Millionen Mal über die Ladentische dieser Welt und wurden in 52 Sprachen übersetzt.

Mowat wurde 1921 in Belleville, Ontario, als Sohn eines Bibliothekars und weitgehend erfolglosen Schriftstellers geboren. Seine Faszination für die Natur und speziell die Tiere teilte der Junge mit seinem Grossonkel Frank, einem Vogelkundler, mit dem er im Alter von 15 Jahren erstmals in die Arktis reiste. Er kämpfte im Zweiten Weltkrieg gegen die Nazis und war an der Landung der Alliierten in Sizilien beteiligt, bevor er in Toronto Biologie studierte und mit allen Fasern seines schwergewichtigen Leibes dem Forscherdrang nachgab. «Gefährten der Rentiere» («People of the Deer»), ein Buch über die Lebensbedingungen der Inuit im Norden Kanadas, machte ihn 1952 berühmt. «Ein Sommer mit Wölfen» («Never Cry Wolf») erschien 1963 und bewog die kanadische Regierung, ihre Politik der Wolf-Ausrottung zu überdenken (Walt Disney verfilmte das Buch später). Und ganz nebenbei lieferte er 1957 mit «Der Hund, der mehr sein wollte» einen Jugendroman ab, der weltweit als Lesefutter verschlungen wurde.

Aber bisweilen hat er wohl auch geflunkert und seine Erfahrungsberichte etwas zu bunt ausgemalt. 1996 erschien in einer Ausgabe von



Gut verwurzelt. Farley Mowat, kanadischer Umweltschützer und Autor (1921–2014). Foto Keystone

Saturday Night, einem kanadischen Naturmagazin, eine gnadenlose Abrechnung mit seinen Recherchemethoden; danach hatte er nie einen Fuss in ein Inuit-Camp gesetzt und auch nur wenige Tage statt der behaupteten sechs Monate mit den Wölfen geheult. Das brachte Farley Mowat die Verballhornung seines Namens zu «Hardly Know-it» ein; er selbst sah es so: «Wenn es der Wahrheit dient, lass ich die Fakten schon mal aussen vor.»

Seinen Ruhm vermochte es nicht zu schmälern. Der vielfach ausgezeichnete Autor erhielt noch 2010 einen Stern auf dem kanadischen Walk of Fame. Und für die als militant geltende amerikanische Umweltschutzorganisation «See Sheperd's Conservation Society» stach jahrzehntelang die «Farley Mowat» in See – mit ihren 54 Metern Länge und 659 BRT das Flaggschiff im Kampf gegen die Wal- und Robbenschlächter in aller Welt.

Briefe

Hausarztmedizin ohne Hausärzte

Medizinische Grundversorgung, Gegenentwurf zur Initiative «Ja zur Hausarztmedizin», (Abstimmung am 18. Mai 2014); BaZ diverse

Über 200 000 Schweizer haben die Initiative für eine funktionierende Hausarztmedizin unterschrieben. Der Gegenentwurf ist eine verkappte Managed-Care-Vorlage, die mit 76 Prozent abgelehnt wurde. Der Bund bekommt Zugriff auf die Daten der Arztpraxen, neu Gesundheitszentren. Die fachlich umfassende medizinische Versorgung durch Fachärzte wird auf «ausreichende medizinische Grundversorgung» heruntergefahren. Interprofessionelle «hierarchiefreie Teams» in der «medizinischen Grundversorgung», in denen Ärzte mit anderen Gesundheitsberufen (Pflegerinnen und so weiter) unter Aufgabe des bisherigen Berufsverständnisses zusammenarbeiten. So werden die Ärzte degradiert und der Zugang zum Arzt soll erschwert werden.

Zentralisieren und Machtkonzentration sind Teil der Agenda von Bundesrat Alain Berset. Ärztliche Abklärung, Diagnosestellung, Behandlung und Betreuung gehört nur in die Hand von universitär sorgfältig aus- und weitergebildeten Ärzten und hat sich nicht an den «Ansprüchen anderer Berufsgruppen» zu orientieren, sondern einzig am Wohl des Patienten. Darum stimme ich Nein zu dieser Mogelpackung.

Sepp Zähler, Kaltbrunn

Zweimal zahlen für das gleiche Problem?

Pensionskassengesetz (Abstimmung im Kanton Basel-Landschaft am 18. Mai 2014); BaZ diverse

2013 stimmten wir über die Sanierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) ab. 51,76 Prozent sagten Ja. Stets wurde beteuert, es gehe bei dieser Abstimmung «lediglich» um den Kantonsanteil (rund 1,4 Milliarden Franken). Die von den Gegnern ins Feld geführten weiteren rund zwei bis drei Milliarden wurden negiert. Und nach der Präsentation der Rechnung des Kantons steht fest, dass die Verschuldung mit 2,35 Millionen Franken bereits wesentlich höher ist als die jährlichen Steuereinnahmen; dies bei einem Selbstfinanzierungsgrad von minus acht Prozent!

Nun steht uns die nächste Runde ins Haus: der Gegenvorschlag zur Gemein-

de-Initiative und damit weitere rund 300 Millionen Franken. Einziger Grund der Gemeinden: Wir haben kein Geld! Wie wenn der Kanton welches hätte. Folge: Die Kantonssteuern müssten ebenfalls (dauerhaft!) angehoben werden. Einig ist man sich: Es bezahlt so oder so der Steuerzahler. Es ist aber ein Unterschied, ob als Gemeinde- oder als Kantonssteuerzahler. Es gibt nämlich Gemeinden, die ihrer Verantwortung nachgekommen sind und einiges bis nahezu alles bereits als Rückstellungen beim Steuerzahler eingefordert haben, um damit die sich seit zehn Jahren abzeichnenden Defizite der Pensionskasse zu finanzieren. Somit müssen nur noch diejenigen Gemeinden, welche bis jetzt ungenügend zurückgestellt haben, ihre Steuern anpassen.

Bei einem Nein besteht weder für den Kanton noch die übrigen Gemeinden Handlungsbedarf in Sachen Steuern. Und Gemeindesteuern anheben oder senken geht wesentlich einfacher und flexibler. Bei einem Ja ist aber garantiert, dass die gleichen Steuerzahler für das gleiche Problem *zweimal* zahlen. Und nicht zu vergessen: Die Staatsgarantie verbleibt immer noch beim Kanton, obwohl die Vorlage 2013 eigentlich etwas anderes versprach. Dieses Problem ist nach wie vor ungelöst.

Hanspeter Weibel, Bottmingen, Landrat, SVP

Vereinfachung und preislich fair

Gewerbeparkkarte (Abstimmung in Baselland, 18. Mai 2014); BaZ diverse Gewerbebetriebe im Baselland sehen sich mit vielen unterschiedlichen Lösungen bezüglich Parkieren konfrontiert. Für Mitarbeitende ist es nicht immer einfach, Übersicht über diverse Gemeindelösungen zu behalten. Oft ist der administrative Aufwand nicht unerheblich, wenn man als KMU Parkbewilligungen erhalten möchte. Zudem summieren sich die einzelnen Gemeindelösungen je nachdem für Gewerbebetriebe zu beträchtlichen Beträgen. Die Einführung einer einheitlichen Baselländer Gewerbeparkkarte bedeutet eine grosse Vereinfachung für die Betriebe. Sie ist mit jährlich 100 Franken pro Fahrzeug auch preislich fair. Kein Wunder, waren die für die Einführung der Gewerbeparkkarte notwendige Gesetzes- und Verfassungsänderung im Landrat unbestritten. Ich hoffe, das Stimmvolk sieht es wie das Parlament und sagt Ja.

Enrique Mariés, Muttert, Wirt, Präsident Gastrobasselland

Die teuerste Baustelle ist die Pensionskasse

Mahnmale der Verschwendung/ Wo im Kanton Basel-Stadt überall Steuermillionen für Aufwertung und Entwicklung versickern; BaZ 2.5.14

Wer im Kanton Basel-Stadt über Verschwendung und über unnötige Ausgaben schreibt, sollte die Pensionskasse nicht vergessen. In den letzten zehn Jahren weist diese Kasse einen Fehlbetrag von rund zwei Milliarden Franken auf, weil die Verantwortlichen nicht auf die fallenden Zinsen reagiert haben.

Wenn noch heute mit einer Ertrags-erwartung von fünf Prozent operiert wird, um deutlich zu hohe Leistungen aufrechterhalten zu können, sind Korrekturen überfällig. Schon die laufenden Renten sind ungenügend vorfinanziert, aber für künftige Leistungen ungenügende Beiträge zu erbringen, ist absolut unverantwortlich.

Weder der Verwaltungsrat der Pensionskasse Basel-Stadt noch die Stiftungsaufsichtsbehörde scheinen sich für eine finanziell ausgeglichene Lösung einzusetzen. Auch die Oberaufsicht in Bern wirkt in einer ersten Stellungnahme etwas ratlos.

Für eine transparente Führung der basel-städtischen Pensionskasse wäre es folglich von Vorteil, wenn der Fehlbetrag und die jährlichen Verluste in die Jahresrechnung des Basler Stadtkantons aufgenommen würden.

Walter Spengler, Dornach

Schädliche Zentralisierung

Bern einfach: Der Geburtsfehler des Bundesstaates; BaZ 26.4.14

Dominik Feusi schrieb, die Wahl Berns als Bundeshauptstadt sei der Geburtsfehler des Bundesstaates. Aber der Geburtsfehler des Bundesstaates ist der Bundesstaat selbst und geht zurück auf den 12. April 1798, der helvetischen Verfassung, Geburtsstunde der Zentralisierung von Kompetenzen. Zuvor war die Schweiz ein Staatenbund aus souveränen Einzelstaaten, Staatsdenken in normativen Prinzipien existierte nicht.

Durch Zentralisierung nach Vorbild der Jakobiner-Verfassung waren Kantone keine autonomen Kleinstaaten mehr, sondern Verwaltungseinheiten. Föderalisten wehrten sich gegen obligatorischen Militärdienst, verlorene Gemeindeautonomie führte zu Aufständen. Die Mediationsakte brachte Ruhe, nach Na-

poleons Wirken wurde fröhlich weiter zentralisiert und bis August 1815 ein Bundesvertrag ausgearbeitet, der ohne Volksabstimmung akzeptiert wurde.

Mit der Verfassung von 1848 erhielt der Bund die übergeordnete Gesetzgebungs- und Gerichtskompetenz, 1912 wurde mit dem ZGB die Privatrechtsordnung komplett zentralisiert. Parallelen zur EU liegen auf der Hand: Wie es die EU von «souveränen» Mitgliedstaaten fordert, wurde bei uns bereits 1915 dem Bundesstaat die Kompetenz zur Erhebung eigener Steuern gegeben, ab 1940 die einheitliche Mehrwertsteuer, und wie mit dem Euro wurde bei uns das Geldwesen staatsmonopolisiert.

Was der Bundesstaat bei uns, ist die EU für seine Mitgliedstaaten. 1874 erkämpften sich Föderalisten das fakultative Gesetzesreferendum, mit dem sie die Bevormundung aus Bern abbremsen konnten. Nach dem Ersten Weltkrieg folgte die AHV, die Geburt des Sozialstaats, später trampelte der neue Finanzgleich den Steuer- und Systemwettbewerb tot. Anstelle eines liberalen Staatenbunds der Kantone gabs einen wuchernden Bundesstaat.

Christian Zulliger, Zollikon

Werden nur Profis gefördert?

Lottogelder; BaZ diverse

Anlässlich des 100-Jahr-Jubiläums unseres Riehener Mandolinenorchesters 2012 wandte ich mich für finanzielle Unterstützung an die Swisslos. Von dieser wurde ich an das Präsidialdepartement, Abteilung Kultur, verwiesen. Auf mein Gesuch kam ein «Merkblatt für Gesuchstellende». Unter dem Titel «Inhaltliche Voraussetzungen» heisst es bereits im ersten Satz: «Gefördert werden können Kunst und Kulturprojekte professioneller Kulturschaffender» ...!!!

Heinz Späth, Basel

An unsere Leserinnen und Leser

Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank. <http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: leserbrief@baz.ch Postadresse: Basler Zeitung, Leserbrief, Postfach 2250, 4002 Basel